

## UN-Einsätze in Krisengebieten

**Die UN-Einsätze in Krisengebieten der Welt werfen immer wieder Fragen nach dem Kolonialerbe z. B. der afrikanischen Staaten, der Rolle von UNO und EU als Konfliktvermittler und der sich verselbstständigenden Gewalt in Krisengebieten wie dem Sudan, dem Kongo oder Syrien auf. Sind die Auslandseinsätze sinnvoll? Ist es nicht schon zu spät, einzugreifen und zu schlichten, wenn bereits, wie im Kongo, Tausende von Menschen starben und der Konflikt eskaliert ist?**

1. Erarbeitet mit Hilfe der Tageszeitung, eures Lehrbuchs, des Internets und von Lexika die Aufgaben der UNO. Achtet dabei besonders auf die Aufgaben der UNO als Stabilitätsfaktor und Konfliktvermittler! Informiert euch darüber, in welchen Regionen die UNO im Rahmen von Auslandseinsätzen Blauhelm-Soldaten eingesetzt hat!
2. Sucht im Onlinearchiv eurer und anderer Tageszeitungen Artikel über Krisengebiete heraus, in denen ausländische Truppen unter der Führung der UN stationiert sind. Ihr solltet folgende Fragen beantworten können:
  - › Welcher Konflikt tobt dort jeweils? Beschreibt die Situation!
  - › Welche Aufgaben haben die UN-Blauhelme vor Ort?
  - › In welchen Gebieten sind sie eingesetzt?  
Nehmt einen Atlas oder eine Landkarte zu Hilfe. Arbeitet für diese Aufgabe auch mit einer **App wie Google Earth** (Android und iOS).
  - › Welche andere europäische Organisation entsendet ebenfalls Soldaten? Welche Aufgaben haben diese Soldaten im Unterschied zu den UN-Soldaten?
  - › Beschreibt die Bedingungen, unter denen die Soldaten Dienst tun!
  - › Vergleicht die Einsätze miteinander (Dauer, Truppenstärke, Aufgaben).
3. Informiert euch über die Kinder, die in diesen Krisenregionen aufwachsen.
  - › Welche Perspektiven bieten ihnen diese Einsätze?
  - › Warum und wie werden aus Kindern Soldaten?
4. Gibt es auch Kritik an den Auslandseinsätzen? Nenne sie.



## UN-Einsätze in Krisengebieten

## „Afghanistan darf nicht in Vergessenheit geraten“

Nadia Nashir appelliert an die Bundesregierung, Ortskräfte nach Deutschland zu holen / Pistorius: Niedersachsen erwartet 212 Personen

**Martina Schwager**

**HAMBURG** Hilfsorganisationen in Afghanistan haben die Nato-Staaten für ihren „überstürzten“ Abzug der Truppen scharf kritisiert. Die ausländischen Soldaten hätten dem afghanischen Militär kaum Ausrüstung überlassen, klagten übereinstimmend der Afghanische Frauenverein in Hamburg und das christliche Hilfswerk Shelter Now mit Sitz in Braunschweig. Ohne Hubschrauber, Transportflugzeuge und Unterstützung durch Nato-Truppen habe die afghanische Armee in dem gebirgigen Land kaum eine Chance, sich gegen die Taliban zu behaupten, sagte der Internationale Direktor von Shelter Now, Georg Taubmann. Fast täglich fielen weitere Bezirke in die Hände der Taliban.

„Wir sehen das mit großer Sorge und fürchten, dass die Regierung irgendwann die Kontrolle verliert“, sagte Nadia Nashir, Vorsitzende des Afghanischen Frauenvereins, der seit fast 30 Jahren in den Provinzen Kundus, Kabul und Ghasni unter anderem Schulen und Gesundheitsstationen baut und unterstützt. Nashir appelliert

an die Bundesregierung wenigstens alle Ortskräfte, die in Afghanistan für die Bundeswehr gearbeitet haben, und deren Familien schnell nach Deutschland zu holen. Die ehemaligen Dolmetscher und ihre Familien flehten um Hilfe. Sie hätten vor Ort keine Ansprechpartner mehr.

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) hat vorgeschlagen, den Menschen erst bei der Ankunft in Deutschland Visa auszustellen, sogenannte „Visa on Arrival“. Das würde angesichts der veränderten Sicherheitslage lange Wartezeiten in Af-



Nadia Nashir, Vorsitzende des Afghanischen Frauenvereins, appelliert an den Bund, den Ortskräften zu helfen.

Foto: Alexander Steenbeck

ghanistan verhindern und auch die Botschaft in Kabul entlasten, sagte Pistorius.

Er habe diesen Vorschlag schon bei der jüngsten In-

nenministerkonferenz gemacht, betonte der Minister. Jetzt sei die Bundesregierung gefragt, dies umzusetzen. Aktuell erwarte Niedersachsen 44 Ortskräfte mit ihren Familienangehörigen (insgesamt 212 Personen). In der vergangenen Woche sei die erste Familie eingetroffen.

Der entwicklungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Christoph Hoffmann, erneuerte seine Forderung, auch einheimischen Helfern von deutschen oder internationalen Hilfsorganisationen die Möglichkeit der Einreise nach Deutschland zu eröffnen. Auch sie seien durch die Taliban gefährdet, sagte Hoffmann. Nadia Nashir appellierte an die Bundesregierung, die humanitäre Hilfe für Afghanistan nicht einzustellen: „Der Hahn darf jetzt nicht zugedreht werden. Afghanistan darf nicht in Vergessenheit geraten.“

Shelter Now hat nach eigenen Angaben bereits sein Büro in Faizabad im Norden Afghanistans zumindest vorübergehend schließen müssen, sagte Taubmann. Die Taliban hätten dort die Macht übernommen. Die Kämpfe gingen jedoch wei-

ter. „Wir sind deshalb von den Vereinten Nationen aufgefordert worden, die ausländischen Mitarbeiter auszufliegen.“ Die einheimischen Mitarbeiter seien untergetaucht und wollten zunächst abwarten.

„Wir versuchen, sie in die Hauptstadt Kabul zu bringen. Wenn die Taliban auch dort ankommen, können wir ihnen nicht mehr helfen“, berichtete der Direktor. Auch aus dem Westen würden die ausländischen Shelter-Now-Mitarbeiter wegen der schnell vorrückenden Taliban demnächst abgezogen. *epd*

NOZ, 10/11.07.2021

## UN-Einsätze in Krisengebieten

# Wie beendet man einen Krieg?

Seit sieben Jahren wird im Land Syrien gekämpft. Viele Menschen auf der Welt fordern, dass das ein Ende haben muss.

**NEW YORK/PARIS/BERLIN** Der Krieg in Syrien muss endlich ein Ende haben! Das fordern viele Menschen auf der ganzen Erde schon seit Langem. Seit etwa sieben Jahren wird in dem Land gekämpft.

Zuerst standen sich vor allem zwei Seiten gegenüber: Auf der einen Seite waren es Soldaten des Machthabers von Syrien. Auf der anderen Seite kämpften Menschen, die gegen den Machthaber waren. Mit der Zeit mischten sich immer mehr Gruppen und Staaten ein.

Vor einigen Tagen feuerten die USA, Großbritannien und Frankreich eine Menge Geschosse auf mehrere Ziele in Syrien ab. Sie taten dies, weil es zuvor in Syrien einen Angriff mit giftigem Gas gegeben haben soll. Die drei Länder machen dafür den Machthaber von Syrien verantwortlich. Dieser sagte allerdings, dass er damit nichts zu tun hat.



Auch vor dem Weißen Haus in Washington in den USA fordern Demonstranten mit Schildern und Bannern: Kein Krieg in Syrien! DPA

Mehrere Politiker forderten am Wochenende: Damit der Krieg ein Ende findet, müssen die verschiedenen Gruppen miteinander verhandeln. Und endlich eine Lösung finden.

Ganz wichtig sind dabei die USA und Russland. Das findet der Bundespräsident von Deutschland, Frank-Walter

Steinmeier. Russland und die USA haben viele Waffen. Diese können sie an ihre Partner in Syrien liefern oder sie können selbst damit angreifen.

Russland und die USA stehen in dem Krieg auf unterschiedlichen Seiten. Russland unterstützt den syrischen Machthaber. Die USA dagegen unterstützt

Gruppen, die gegen den Machthaber kämpfen.

Der Außenminister von Deutschland, Heiko Maas, sagte: Deutschland wird sich gemeinsam mit Frankreich dafür einsetzen, dass wichtige Länder an einen Tisch kommen und miteinander reden. Es dürfe in Syrien nicht mehr gekämpft werden.

sh.z., 16.04.2018

# Beruhigungsmission im Nahen Osten

USA werben für ihre Syrienpolitik / Israel fordert O. K. für Golan-Annexion

**ISTANBUL** Es sind heikle Reisen der zwei Vertreter von US-Präsident Donald Trump. Denn dessen Entscheidung, die US-Truppen aus dem Bürgerkriegsland Syrien zurückzuziehen, hat in der Region viele Reaktionen ausgelöst: von Freude bis hin zu Ängsten und Sorgen. Vor allem aber: viel Unsicherheit. Bislang ist unklar, wann die US-Soldaten Syrien verlassen. Während Trump daran festhält, der Abzug solle schnell erfolgen, scheinen andere Beteiligte in Washington auf die Bremse zu treten. Bolton will den Abzug so umgesetzt sehen, dass die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) „geschlagen ist und sich

nicht wieder erholen kann“. Das spricht dafür, dass es sich eher um Monate als um Wochen handeln dürfte.

Der vor fast acht Jahren ausgebrochene Syrien-Konflikt hat sich in den vergangenen Monaten leicht beruhigt. Die UN bemühen sich, endlich einen politischen Prozess in Gang zu setzen. Doch ein Ende des US-Engagements mit Bodentruppen in Syrien ließe eine neue Dynamik entstehen, die Verbündete der Amerikaner unter massiven Druck setzen, zugleich aber erklärten Feinden helfen würde.

Vor allem die Kurden im Norden und Osten des Landes wären der große Verlierer. Die



Spannungsgeladen: US-Soldaten an der türkisch-syrischen Grenze. FOTO: DPA

Kurdenmiliz YPG dient Washington in Syrien bisher als wichtigster Partner im Kampf gegen den IS. Die US-Armee unterstützt die kurdischen Truppen nicht nur mit Luftangriffen, sondern auch mit Ausbildung. Mittlerweile kontrollieren die Kurden rund ein Drittel des Landes, darunter

Syriens wichtigste Ölvorräte.

Doch die YPG pflegt enge Beziehungen zur verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK, weshalb der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan fest entschlossen ist, eine weitere Militäroperation gegen die Miliz zu beginnen.

Auf sich allein gestellt, ständen die Chancen der kurdischen Truppen im Kampf gegen die türkische Armee schlecht. Schon vor fast einem Jahr mussten sie sich vor einer Offensive Ankaras auf die kurdische Hochburg Afrin zurückziehen.

Damit sich ein solches Szenario nicht wiederholt, will Bolton von der Türkei Garan-

tien für die Kurden verlangen. „Wir denken nicht, dass die Türken Militäroperationen unternehmen sollten, die nicht voll mit den USA abgestimmt sind und denen die USA nicht zugestimmt haben“, sagte er.

Doch wird sich Erdogan darauf einlassen? Damit den Kurden ein ähnliches Schicksal wie in Afrin erspart bleibt, haben sie ihre Kontakte zur Regierung in Damaskus verstärkt. Vor Kurzem rückten syrische Truppen in die von Kurden kontrollierte Stadt Manbidsch ein. Der syrische Präsident Baschar al-Assad kann so seinen Einfluss im Land ausbauen. dpa, AFP

sh.z., 08.01.2019

## UN-Einsätze in Krisengebieten

Das Thema

# Der Traum vom Frieden

UNO – die Weltorganisation wurde im Krieg gegründet / Vereinte Nationen sorgen für Lösungen im Streitfall

Vor 100 Jahren, im Sommer 1914, begann der erste Weltkrieg, angezettelt vom deutschen Kaiserreich. Es wurden blutige Schlachten ausgetragen, bis die deutschen Soldaten 1918 besiegt waren. Rund zwanzig Jahre später rüstete das nationalsozialistische Deutschland erneut zum Krieg. Hitlers Truppen überfielen 1939 Polen. Wieder waren die Kämpfe verheerend, viele tote Soldaten waren zu beklagen, Städte wurden zerstört.

Großbritannien und die USA, die im Krieg gegen Deutschland kämpften, wollten das Leiden beenden. So trafen sich am 14. August 1941 mitten im Atlantik auf dem britischen Schlachtschiff „Prince of Wales“ der US-Präsident Franklin D. Roosevelt und Großbritanniens Premierminister Winston Churchill. Sie beschloßen, das nationalsozialistische Reich zu zerschlagen und den Aufbau einer friedlichen Welt zu beginnen. Außerdem sollte eine Organisation geschaffen werden, die fortan Konflikte in der Welt mittels Diplomatie und Aussprache gemeinsam lösen sollte. Ihr Name war UNO, eine Abkürzung für United Nations Organisation (Vereinten Nationen).

Im Juni 1945 war es soweit. Vertreter aus 50 Nationen kamen nach San Francisco, um die 111 Artikel umfassende



Vor dem UN-Hauptquartier in New York (USA) wehen die Fahnen vieler Nationen.

FOTO: DPA

Charta, also das Grundgesetz der Vereinten Nationen, zu unterschreiben. Im Kern standen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, der

Gewaltverzicht der Staaten und die Abrüstung. Die Gründungsnationen USA und Großbritannien waren davon ausgenommen, da sie als

„Weltpolizisten“ auf die Einhaltung der Charta achten sollten.

Am 24. Oktober 1945 trat die Charta in Kraft. Da von

deutschem Boden der Krieg ausgegangen war, durften die beiden neu gegründeten Staaten BRD und DDR nicht Mitglied werden. Im Jahr 1973 wurden sie mit eingeschränkten Rechten aufgenommen. Erst seit dem 3. Oktober 1990 ist die BRD Vollmitglied.

Der Hauptsitz der UNO befindet sich in New York. Er ist eine internationale Zone, die allen 191 Mitgliedstaaten gehört. Zweigstellen des UNO-Hauptquartiers gibt es an anderen Orten der Welt, zum Beispiel in Wien und Nairobi. Darüber hinaus unterhält die UNO verschiedene Büros für die vielen Aufgaben, die heute zu lösen sind. In Hamburg hat zum Beispiel der Internationale Seegerichtshof seinen Hauptsitz.

Die wichtigste Einrichtung der UNO ist die Generalversammlung. Hier können alle Probleme besprochen werden. Manchmal ist eine friedliche Lösung nicht möglich, dann gibt es doch Krieg. Dagegen können sich die übrigen Mitgliedstaaten zu gemeinsamen Maßnahmen zusammenschließen.

Über militärische Aktionen entscheidet der Sicherheitsrat. Er entsendet die sogenannten Blau-Helm-Soldaten in die Konfliktregion. Wenn der Konflikt beigelegt ist, leistet die UNO auch Hilfen beim Wiederaufbau.

Ronny Stein

mhn, 14.02.2014

## UN-Einsätze in Krisengebieten

## UN-Sicherheitsrat einigt sich auf weitere Hilfe für Syrien

**NEW YORK** Der UN-Sicherheitsrat hat sich auf die Fortsetzung der humanitären Hilfe für Millionen notleidende Syrer geeinigt. Bei einer Sitzung in New York beschloss das mächtigste Gremium der Vereinten Nationen gestern einstimmig die Verlängerung des wichtigen Hilfsmechanismus. Dabei blieb zunächst unklar, zu welchen Konditionen sich der Rat zuvor auf einen Kompromiss geeinigt hatte. Nach Worten der US-amerikanischen UN-Botschafterin Linda Thomas-Greenfield würde der Grenzübergang Bab al-Hawa aber für weitere zwölf Monate offen bleiben.



Syrer profitieren weiter von der UN-Hilfe.

Foto: dpa/Anas Alkharboutli

Hintergrund ist eine seit 2014 bestehende UN-Resolution, die morgen planmäßig ausläuft. Die Regelung erlaubt es den Vereinten Nationen, wichtige Hilfsgüter über Grenzübergänge auch in Teile

des Bürgerkriegslandes zu bringen, die nicht von der Regierung kontrolliert werden. Russland, das die syrische Führung von Staatschef Baschar al-Assad stützt, hatte in den vergangenen Monaten signalisiert, dass es den letzten von einst vier Grenzübergängen schließen möchte.

Die UN und Hilfsorganisationen hatten vor einer humanitären Katastrophe gewarnt, falls die bestehende Regelung nicht fortgeführt würde. Über zwei Millionen Menschen in den Rebellengebieten im Norden und Nordwesten Syriens sind von der Hilfe aus der Türkei abhängig. *dpa*

NOZ, 10/11.07.2021

# Menschenrechte

**Täglich sind Menschenrechte auf der Welt gefährdet oder werden verletzt. Viele Organisationen wollen das nicht hinnehmen und engagieren sich für die Einhaltung der Menschenrechte.**

1. Wie lauten die Menschenrechte? Schreibt sie gut sichtbar auf ein Plakat, das ihr in der Schule aushängt! Beginnt eine Ausstellung zum Thema Menschenrechte! Außerdem sollten noch Flyer gestaltet werden, die alle Schüler mitnehmen können.
2. Welche Organisationen kennt ihr, die sich für die Wahrung der Menschenrechte einsetzen?
  - › Schreibt den Namen jeder Gruppe, die euch einfällt, auf ein Plakat!
  - › Was wisst ihr über deren Arbeit? Tragt Stichworte zusammen!
  - › Informiert euch anhand eurer Tageszeitung und des Archivs! Gestaltet die Plakate mit Hilfe von Berichten und Bildern!
  - › Tretet in Gruppenarbeit direkt an die einzelnen Organisationen heran (Brief, Telefonat, Interview, Internetrecherche) und vervollständigt eure Dokumentation!
3. Verfolgt zwei Wochen lang in drei Gruppen die Berichterstattung in der Tageszeitung. Welche Artikel findet ihr
  - › über die Einhaltung der Menschenrechte?
  - › über die Verletzung der Menschenrechte?
  - › über den Einsatz von Organisationen für die Einhaltung der Menschenrechte? Tragt die Artikel in geeigneter Form zur Information der Mitschüler zusammen!
4. Überlegt gemeinsam: Was könntet ihr in eurem direkten Umfeld tun, um für die Einhaltung der Menschenrechte einzutreten?
  - › Präsentiert eure Überlegungen in der Ausstellung!
  - › Lasst die Mitglieder der Schulgemeinschaft auf einem Meinungsplakat eure Statements kommentieren!
5. Zieht ein Resümee aus allen Kommentaren und formuliert einen Bericht über eure Ausstellung!
6. Stellt mit einer **App wie Book Creator oder iBooks Author** statt eines Berichtes ein E-Book zum Thema Menschenrechte zusammen. Am besten teilt ihr euch die Aufgaben auf: Ein Team schreibt aus den von euch gefundenen Informationen die Texte. Ein anderes Team kümmert sich um das Layout. Ein weiteres Team dreht mit der **App iMovie** ein Kampagnen-Video, welches im E-Book eingebaut wird.



## Menschenrechte

# Geschäfte machen in autokratischen Ländern

Industrie legt Leitlinien zum Umgang mit China und Co. vor

**BERLIN** Die deutsche Industrie sucht einen neuen Kurs beim Handel mit autokratischen Staaten wie China und Russland. In einem neuen Diskussionspapier unterstreicht der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) das Bekenntnis zur weltweiten gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen. Die Kernaussage: Firmen sollten grundsätzlich weiter Geschäfte in Ländern machen, in denen liberale und demokratische Werte nicht geteilt werden – Menschenrechtsverletzungen und andere Missstände sollen aber nicht unter den Tisch gekehrt, sondern mit „offenem Visier“ benannt

werden und auch zu Konsequenzen führen. „Rote Linien aus politischen Gründen oder zum Schutz von Umwelt und Menschenrechten werden von Staaten gezogen“, heißt es in dem Papier mit dem Titel „Außenwirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit Autokratien“, das der Deutschen Presse-Agentur vorliegt.

## Pflicht zu roten Linien

„Das entbindet Unternehmen nicht von der Pflicht, für ihr globales Engagement selbst rote Linien zu definieren.“ BDI-Präsident Siegfried Russwurm sagte, es ge-

he um eine Koexistenz von verschiedenen Systemen. „Globale Herausforderungen wie Klima- und Umweltschutz oder Armutsbekämpfung erfordern Kooperation – auch zwischen unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systemen.“

Hintergrund sind etwa Menschenrechtsverletzungen in China und die Frage, wie sich Firmen angesichts solcher Vergehen verhalten sollen – etwa in der chinesischen Region Xinjiang. Menschenrechtsgruppen schätzen, dass Hunderttausende Uiguren in Xinjiang in Umerziehungslager gesteckt worden sind. *dpa*

NOZ, 17.07.2021

## Menschenrechte

# Menschenrechte erodieren

Jahresbericht: Amnesty schlägt Alarm / Linken-Chef kritisiert Bundesregierung

**BERLIN** Die Lage der Menschenrechte weltweit hat sich laut Amnesty International dramatisch verschlechtert. Menschenrechtsverteidiger wie Journalisten, Gewerkschafter, Anwälte und andere würden „so bedroht wie noch nie“, sagte der Generalsekretär der deutschen Amnesty-Sektion, Markus Beeko, gestern bei der Vorstellung des Amnesty International Reports 2017/2018. Vermehrt würden Aktivisten nicht nur verfolgt, sondern auch getötet. Laut Beeko wurden 2017 in 27 Staaten mindestens 312 Menschen wegen ihres Einsatzes für Menschenrechte getötet. Im Vorjahr waren es noch 280 Opfer.

Die Menschenrechtsstandards erodierten weltweit weiter, sagte Beeko. So sei in vielen Ländern die Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen und Minderheiten zum Alltag geworden, darunter auf den Philippinen, in Ägypten, den USA oder in Ungarn, wo die Regierung zivilgesellschaftliche Organisationen als ausländische Agenten stigmatisiere. In Russland sei ein Gesetz in Kraft getreten, das häusliche Gewalt gegen Frauen nicht mehr als Straftat zähle, in Ägypten würden Angriffe auf die religiöse Minderheit nicht geahndet, nannte Beeko weitere Beispiele.

Amnesty macht hasserfüllte Reden führender Politiker für die zunehmende Diskriminierung von Minderheiten weltweit verantwortlich. Im vergangenen Jahr hätten „prominente Führungsfiguren eine alpträumhafte Vision einer von Hass und Angst verblendeten Gesellschaft“ propagiert, sagte der internationale Generalsekretär, Salil Shetty.

Linken-Chef Bernd Riexinger hat der Bundesregierung vorgeworfen, Menschen-

rechtsverletzungen nicht entschieden zu bekämpfen: „Wenn es wirtschafts- und geopolitischen Interessen dient, werden auch jene Länder hofiert und mit Waffen beliefert, die die Menschenrechte systematisch mit Füßen treten.“ Riexinger forderte die Regierung auf, bei eindeutigen Verstößen wie etwa in Saudi-Arabien nicht nur „klare Worte zu finden“, sondern auch einen Waffen-Exportstopp zu verhängen. *epd/dpa/ten*

mhn, 22.02.2018

### Kommentar

## Verantwortung wächst

Es steht schlecht um die Menschenrechte. Täglich erreichen uns Bilder von Vertriebenen, Nachrichten von Menschen, die wegen einer Meinung eingesperrt werden, oder wir hören Politiker, die Angst und Hass schüren. Der Amnesty-Bericht zeichnet ein beunruhigendes Bild der Welt.

Menschenrechte werden nicht nur in fernen Diktaturen verletzt, sondern auch hier in Europa. Das Nachbarland Polen will die Meinungsfreiheit einschränken, und Ungarn sperrt Flüchtlinge aus. Für mächtige

EU-Mitglieder wie Deutschland wächst daraus die Verantwortung, sich als treibende Kraft für die Einhaltung der Menschenrechte in der Gemeinschaft einzusetzen. Schließlich steht die EU als Friedensnobelpreisträger doch in der Pflicht, ihre Möglichkeiten im Kampf für Menschenrechte auszuschöpfen.

Johannes Giewald



leserbrief  
@medienhausnord.de

## Menschenrechte

## „Das Baby war schon eiskalt“

Spanischer Polizeitaucher rettet Säugling bei Migrantendrama von Ceuta – und wird dafür weltweit als Held gefeiert

Ralph Schulze

Das Bild geht um die Welt, und es steht für das jüngste Migrantendrama in der spanischen Nordafrika-Besitzung Ceuta. Auf dem Foto sieht man, wie ein spanischer Polizeitaucher einen nur wenige Monate alten Säugling aus dem Mittelmeer rettet. Der Polizist hält das Baby mit beiden Händen über Wasser. Gestützt auf einen orangenen Rettungsring, der ihm zugeworfen wurde. Wenig später gelingt es dem Beamten, mitsamt Kind an Land zu gehen, wo schon Rotkreuz-Helfer warten.

„Als ich das Baby in den Händen hatte, war es schon eiskalt, und es bewegte sich nicht“, berichtet der Retter später. „Ich wusste nicht, ob es noch lebt.“ Inzwischen wurde bekannt, dass das Baby außer Gefahr ist. Das ist die schönste Nachricht für Juan Francisco Valle, der nach dieser Rettungsaktion in den sozialen Netzwerken als Held gefeiert wird.

Der 41-jährige Valle zog am Tag der Babyrettung noch viele Menschen aus dem Wasser. Vor allem Kinder, aber auch Erwachsene, die, aus dem benachbarten Marokko kommend, um den bis zum Wasser reichenden Grenzzaun Ceutas herum-



Ein Bild, das um die Welt geht: Polizeitaucher Juan Francisco Valle hält ein Baby fest, das fast untergegangen wäre. Auch die Mutter wurde gerettet. Foto: dpa/Guardia Civil

## Menschenrechte

de ihrer Kräfte waren. Valles Auffrag als Polizeitaucher lautete an diesem Tag, nach hilflosen Personen im Wasser Ausschau zu halten.

### Namen noch unbekannt

Zuerst sah er nur eine junge Frau im Meer treiben. Sie hatte ein Bündel auf dem Rücken. „Erst dachte ich, dass sie einen Rucksack trägt.“ Doch dann erblickte Valle einen kleinen Kopf unter einer blauen Wollmütze. Sofort schwamm der Polizist zusammen mit einem Kollegen los. Als sie bei der Frau ankamen, war das Baby fast vollständig unter Wasser. „Ich habe dann das Kind genommen. Und mein Kollege hat die Mutter gerettet.“ Beide sind wohltauf.

Bisher wurde nicht bekannt, wie Mutter und Kind heißen. Wahrscheinlich handelt es sich aber um eine ma-

rokkkanische Familie. Und das Baby, das einen gestreiften Strampelanzug trug und einen rosa Schnuller um den Hals hatte, ist vermutlich ein Mädchen.

Die meisten der knapp 10000 Migranten, die Anfang der Woche nach Ceuta kamen, haben die marokkanische Staatsangehörigkeit. Nachdem Marokko inzwischen die Bewachung der Grenze verstärkte, ist der Fluchtstrom nach Ceuta wieder versiegt.

Die Marokkaner versuchen, der Armut und Arbeitslosigkeit in ihrem Land zu entkommen. Das gilt erst recht für die Umgebung der spanischen Nordafrika-Exklave Ceuta. Seit Marokko wegen der Corona-Pandemie die Grenze zu Ceuta schloss, ist der einst so rege Handel zwischen der spanischen Stadt und Marokkos Nachbargemeinden

abgestorben. Immer wieder kommt es deswegen zu Protesten gegen Marokkos Regierung.

# 55 000 000

### Menschen waren 2020 in ihrem eigenen Land auf der Flucht

Die Zahl der Binnenflüchtlinge weltweit hat nach Angaben des Beobachtungszentrums für interne Vertreibung einen neuen Höchststand erreicht. Rund 55 Millionen Menschen seien Ende

2020 in ihrem eigenen Land auf der Flucht vor Gewalt, Konflikten und Naturkatastrophen gewesen, teilte das Beobachtungszentrum gestern in Genf in seinem Jahresbericht mit. Die Direktorin der Beobachtungsstelle, Alexandra Biali, warnte vor einer weiterhin prekären humanitären Lage vieler Binnenflüchtlinge durch die Corona-Pandemie. Laut dem

Spaniens Behörden teilen bisher nicht mit, was mit der geretteten Frau und ihrem Kind geschehen wird. Tausende junge marokkanische Männer, die in den letzten Tagen auf irreguläre Weise nach Ceuta kamen,

eigenen Land fliehen. Zu den Katastrophen gehören Dürren, Überschwemmungen und Erdbeben. Ende 2020 irrten den Angaben zufolge sieben Millionen Menschen in ihrem Heimatland umher, weil Naturkatastrophen sie dazu gezwungen hatten. Die Autoren des Berichts hielten fest, dass in bestimmten Ländern Menschen vor Gewalt und vor Naturkatastrophen fliehen müssen. So hätten Einwohner des Jemen die Flucht vor dem Bürgerkrieg ergriffen, später seien sie den Überflutungen in dem Krisenland entkommen.

## Menschenrechte



wurden schon kurz nach ihrer Ankunft wieder abgeschoben. Auch einige schwarzafrikanische Flüchtlinge, die ebenfalls mit dem großen Migrantentreck übers Wasser kamen, wurden wieder zurückgeschickt. Die Fluchtgründe wurden in der Regel nicht, wie es eigentlich vorgeschrieben ist, geprüft.

Manche junge Migranten flehten Spaniens Sicherheitskräfte auf Knien an, bleiben zu dürfen – doch es half nichts. Wer sich gegen die Abschiebung wehrte, bekam die Schlagstöcke zu spüren. An der Tür im Grenzzaun, durch welche die irregulären Immigranten wieder auf marokkanischen Boden befördert wurden, spielten sich harte Szenen ab.

Die gerettete Frau und ihr Baby, deren Schicksal dank des Fotos weltweit bekannt wurde, muss nun aber wohl keine Abschiebung mehr fürchten. Im Prinzip ist die Deportation von Frauen und Kindern ohnehin untersagt, weil sie als besonders schutzbedürftig gelten. Aber in der Praxis war in den letzten Tagen zu sehen, dass spanische Polizisten auch Kinder und Jugendliche nach Marokko abschoben. Nach Angaben der spanischen Behörden gingen manche der Angekommenen freiwillig zurück in ihre Heimat.

### Viele Schüler geflüchtet

Schätzungen zufolge kamen in den vergangenen Tagen

Hunderte von Minderjährigen nach Ceuta. Viele waren unbegleitet und hatten nicht einmal ihre Eltern darüber informiert, dass sie nach Spanien gehen wollten. „Die Schulklassen im marokkanischen Nachbarort Fnideq sind leer“, berichtet Ceutas Lokalzeitung „El Faro“. Und: „Ihre Eltern weinen.“ Etliche betroffene marokkanische Familien hätten inzwischen die spanischen Behörden kontaktiert, um ihre Kinder wieder zurück nach Marokko zu holen.

Die spanische Verteidigungsministerin Margarita Robles hat die Regierung von Marokko inzwischen der „Erpressung“ beschuldigt. „Wir werden nicht die geringste Erpressung oder die Infragestellung der territorialen Integrität (Spaniens) akzeptieren“, sagte Robles gestern im Interview des Radiosenders RNE. „Mit Spanien ist nicht zu spaßen“, warnte sie. In Madrid ist man davon überzeugt, dass Rabat die Grenzkontrollen gelockert oder gar ausgesetzt hatte, um die linke spanische Regierung im Streit um die Konfliktregion Westsahara unter Druck zu setzen.

Die EU will unterdessen mit Tunesien ein Abkommen vereinbaren, das wirtschaftliche Hilfen im Gegenzug für härtere Grenzkontrollen verspricht. Mit Libyen werde über ein ähnliches Abkommen verhandelt, sagte EU-Innenkommissarin Ylva Johansson. Rom hatte die EU angesichts einer steigenden Zahl von Migranten um Hilfe gebeten. *Mit dpa, AFP*

NOZ, 21.05.2021

## Menschenrechte

## Briefe an die Bösen: Amnesty International wird 50

Aus der Idee eines britischen Anwalts wurde die größte Menschenrechtsorganisation der Welt

**London** • Das Grundprinzip von Amnesty International ist ziemlich einfach: „Ein stinknormaler Mensch sitzt in einem stinknormalen Haus und schreibt einen nicht stinknormalen Brief an einen Diktator, der sich darum nichts schert...“. So hat einmal der BBC-Autor John Tusa die Arbeit der größten Menschenrechtsorganisation der Welt zusammengefasst. Doch die vielen Millionen Briefe haben Wirkung gezeigt: 50 Jahre nach ihrer Gründung in London ist Amnesty aktueller – und wohl auch erfolgreicher denn je.

Die Freilassung der Oppositionellen Aung San Suu Kyi in Birma oder die Verleihung des Friedensnobelpreises an den chinesischen Dissidenten Liu Xiaobo im vergangenen Jahr – beides hatte Amnesty maßgeblich mit beeinflusst. Beides entfaltet im Kontext einer professionell geführten Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit enormen Druck auf Machthaber in aller Welt. „In den 50 Jahren, seit Amnesty International geboren wurde, um die Rechte von Menschen, die wegen ihrer friedlichen Gesinnung gefangen gehalten werden zu schützen, hat es eine Revolution der Menschenrechte gegeben“, sagt Salil Shetty, Generalsekretär der Organisation.

Als der britische Anwalt Peter Benenson an einem Sonntag im Frühjahr 1961 einen Artikel im „Observer“ veröffentlichte, konnte er nicht ahnen, was er auslöste. Durch Zufall hatte er vom Schicksal zweier Studenten aus Portugal gehört. Sie waren eingesperrt worden, weil sie auf ihre Freiheit angestoben hatten. Benenson hatte das so

empört, dass er in einer Kirche am Trafalgar Square eine Kerze für die beiden entzündete. Die Kerze, von Stacheldraht umwoben, ist noch heute Symbol für Amnesty International.

### AUFRUF MIT FOLGEN

In dem Artikel rief der Anwalt die Menschen auf, etwas gegen die Ungerechtigkeit zu tun. „Man muss nur eine Zeitung aufschlagen, und schon stößt man auf einen Bericht über jemanden, der eingesperrt, gefoltert oder hingerichtet wird, weil seine Meinung oder seine Religion der Regierung nicht gefallen. Jedes Mal überkommt den Zeitungsleser dann ein bedrückendes Ohnmachtsgefühl. Doch wenn diese Gefühle der Abscheu rund um die Welt zu einer gemeinsamen Handlung gebündelt werden könnten, dann könnte etwas Wirkungsvolles getan werden.“ Dieser Aufruf im „Observer“, gedruckt am 28. Mai 1961 unter der Überschrift „Die vergessenen Gefangenen“ entfaltete eine Wirkung, wie Benenson sie nicht für möglich halten konnte. Aus dem zornigen Brief erwuchs eine weltweite Bewegung für die Menschenrechte.

Schon drei Jahre nach ihrer Gründung hatten die Unterstützer von Amnesty (englisch: Strafbefreiung) in tausenden Briefen an Machthaber aller Kontinente die Freilassung von mehr als 700 politischen Gefangenen gefordert – nicht weniger als 140 kamen tatsächlich frei. 1970 waren es schon 2000 Freilassungen. Das Prinzip: Möglichst viele

Menschen schreiben möglichst viele Briefe an die Verletzer von Menschenrechten – so lange, bis sich etwas ändert.

### LOB UND SCHMÄHRUFE

Amnesty zählt heute drei Millionen Unterstützer weltweit. 1977 wurde die Arbeit mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt. Regierungen von den USA bis zum Iran, von Israel bis China singen – je nach Betroffenheit – Lobeshymnen oder stoßen Schmährufe auf Amnesty aus. Aus China, Nordkorea oder auch aus Russland heißt es häufig, Amnesty sei zu westlich. Doch auch in Europa, wo Regierungen Flüchtlinge in Krisenländer zurückschicken, wird Amnesty gefürchtet. Mit der Zahl der Jahre wuchsen auch die Ambitionen. Der Kampf gegen Folter kam auf die Agenda, später auch gegen die Todesstrafe.

Die Revolution der Menschenrechte stehe nun an der Grenze zu historischen Veränderungen, sagt Generalsekretär Shetty. Die aufstrebenden Wirtschaftsmächte in Lateinamerika und Asien, die Veränderungen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, vor allem aber der arabische Frühling in den vergangenen Monaten – das alles sind für den Inder die neuen Herausforderungen – genug für weitere 50 Jahre harter Arbeit.

*Michael Donhauser, dpa*

mhn  
28.05.2011

## Menschenrechte

### Syrienkrieg fordert zahlreiche Opfer – UN-Sicherheitsrat fordert Waffenruhe

**DAMASKUS** Trotz der Forderung des UN-Sicherheitsrats nach einer Waffenruhe in Syrien gehen die Kämpfe in dem zerrissenen Land weiter. Die syrische Regierung setzte ihre Angriffe auf die heftig umkämpfte Region Ost-Ghuta in vermindertem Umfang fort – mindestens sieben Zivilisten starben durch Luftangriffe und

Artilleriebeschuss. Im Nordwesten rückte das türkische Militär bei seiner Offensive in der Enklave Afrin derweil weiter gegen kurdische Verbände vor. Kanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron drängten in Moskau auf Hilfe bei einer Waffenruhe in Ost-Ghuta. In einem Telefonat mit

dem russischen Präsidenten Wladimir Putin riefen sie Russland auf, „maximalen Druck auf das syrische Regime auszuüben, um eine sofortige Einstellung der Luftangriffe und Kämpfe zu erreichen“. Das teilte Regierungssprecher Steffen Seibert mit. Moskau ist einer der engsten Verbündeten des syrischen Präsidenten Baschar

al-Assad. Das seit 2013 von Reiterungstruppen belagerte Gebiet Ost-Ghuta nordöstlich von Damaskus erlebt seit einer Woche die schlimmste Angriffsphase seit Beginn des Bürgerkriegs vor fast sieben Jahren. In Wochenfrist wurden über 500 Zivilisten getötet, darunter mehr als 120 Kinder, wie die Syrische Beobach-

tungsstelle für Menschenrechte berichtete. Zudem seien mehr als 2400 Menschen verletzt worden, Krankenhäuser mussten den Betrieb einstellen.

Die 15 Mitglieder des UN-Sicherheitsrates hatten am Sonntag für eine Resolution gestimmt, die die dramatische Lage in dem Bürgerkriegsland mit

einer zunächst 30 Tage geltenden Waffenruhe für ganz Syrien entschärfen soll. Völkerrechtlich bindende Druckmittel enthält der Resolutionstext allerdings nicht. Und der Kampf gegen bestimmte Islamisten Gruppen darf weitergehen. Daher ist unklar, ob sich die Konfliktparteien an die Waffenruhe halten werden.

sh.z. 26.02.2018

## Europäische Werte

Als Mitglied der 18-köpfigen deutschen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates bin ich am vergangenen Wochenende nach Straßburg, dem Sitz des Europarates, gereist. Bei den vielen europäischen Institutionen ist der Europarat nicht jedem gleich auf Anhieb ein Begriff. Die Bedeutung des Europarates ist jedoch nicht zu unterschätzen. So stand er bei seiner Gründung 1949 nach den Schrecken des Nazi-Regimes am Anfang der europäischen Integration und Zusammenarbeit und war als erste europäische Institution ein Garant für Menschenrechte und Minderheitenschutz in ganz Europa. Ähnlich wie später die EU startete er heute vor mehr als sechzig Jahren als ein überschaubarer Verein von zehn westeuropäischen Demokratien. Eine seiner ersten Maßnahmen war die Schaffung der Europäischen Menschenrechtskonvention, auf die sich seither russische Häftlinge ebenso wie kurdische Extremisten mit Erfolg berufen haben. Lange Zeit wurde dieses einzigartige System des Menschenrechtsschutzes, das vor fünfzig Jahren mit dem Straßburger Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) entscheidend verstärkt wurde, in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Das änderte sich zum einen mit dem Wandel in der Türkei, das als altes Europaratmitglied ihren Bürgern erst Anfang der neunziger Jahre wirklich den Zugang zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gewährte. Die Folge

war eine Flut von Verfahren. In zahlreichen Straßburger Verfahren – man denke nur an das des PKK-Führers Öcalan – war die Türkei gezwungen, sich öffentlich zu rechtfertigen.

Nicht zu unterschätzen ist der Beitrag des Europarates zum Zusammenwachsen des Kontinents. Vom Atlantik bis nach Wladivostok reicht zumindest sein Anspruch, die Rechte von 800 Millionen Menschen durchzusetzen. Ein großer Erfolg des Europarates, der Russland und die Türkei mit einschließt, ist die Abschaffung der Todesstrafe. Hier hebt sich der ganze Kontinent in einzigartiger Weise von den anderen entwickelten Ländern und Großmächten ab. Ohne die Hilfe des Europarates bei der Verankerung rechtsstaatlicher Standards vom Baltikum bis Slowenien wäre der EU-Beitritt der ehemaligen Länder des Warschauer Pakts kaum möglich gewesen. Der Europarat ist also deutlich mehr als nur eine UN im Kleinen. Heute setzt er sich verstärkt für Gewaltenteilung, Minderheitenrechte und Meinungsfreiheit, gegen Folter und Justizwillkür ein – vor allem in Osteuropa, aber auch gegenüber den USA: Der Schweizer Abgeordnete Dick Marty betrieb vehement die Aufdeckung geheimer CIA-Gefangenentflüge. Sein Einsatz für die Menschenrechte und Demokratie macht ihn zu einem Wächter der europäischen Werte.

27.01.2010

Johann Wadepuhl

## Menschenrechte

### Trump, Xi, Putin oder Duterte: Amnesty prangert Hass-Reden an

**BERLIN** Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International macht die hasserfüllte Rhetorik führender Politiker für die zunehmende Diskriminierung von Minderheiten weltweit verantwortlich. „Millionen Menschen auf der ganzen Welt hatten 2017 unter dem bitteren Folgen einer Politik zu leiden, die zunehmend auf Dämonisierung

setzt“, heißt es in dem Jahresbericht der bedeutendsten Menschenrechtsorganisation weltweit. Ihr Vorsitzender Salil Shetty prangerte bei der Veröffentlichung des Berichts konkret die Staatschefs von Ägypten, Venezuela und der Philippinen, aber auch den russischen Präsidenten Wladimir Putin, den chinesischen

von Hass und Angst verblendeteten Gesellschaft“ verbreitet. Der Amnesty-Chef hob aber auch positiv hervor, dass die Proteste gegen Ausgrenzungstendenzen zunehmen würden. Als gravierendstes Beispiel für konkrete Auswirkungen von Hass-Rhetorik im vergangenen Jahr nennt Amnesty die Vertreibung Hunderttausender muslimischer Rohingya-

ya aus Myanmar. Auf die Stigmatisierung der Minderheit sei das gewaltsame Vorgehen des Militärs gefolgt. Rund 700.000 Rohingya flüchteten ins Nachbarland Bangladesch. Der Jahresbericht beleuchtet die Menschenrechtsslage in 159 Ländern. Für die Vorstellung wählte die Organisation bewusst Washington aus. Damit wollte Amnesty auch ein

Zeichen gegen die Politik Trumps setzen. „Trumps Rückschritte in Menschenrechtsfragen sind ein gefährlicher Präzedenzfall für andere Regierungen, die folgen könnten“, sagte Shetty. Er nannte den Anfang vergangenen Jahres von Trump verhängenes Einreisestopp für Menschen aus muslimisch geprägten Ländern.

sh.z. 22.02.2018

## Menschenrechte

## „Ein Sieg für Julian“

Großbritannien liefert Assange nicht an die USA aus / Reporter ohne Grenzen kritisiert Gericht

Von Katrin Pribyl

**LONDON** Der Fall wirkt bereits verloren für Julian Assange. Beinahe eine Stunde lang führt Richterin Vanessa Baraitser aus, warum sie die Argumente seiner Verteidigung größtenteils nicht akzeptiert. Warum das Handeln des Wikileaks-Mitgründers über das eines investigativen Journalisten hinausgegangen sei und warum das Gericht nicht überzeugt von der Behauptung ist, dass es sich bei Assange um ein Opfer politischer Verfolgung handele oder er kein faires Verfahren in den USA erwarte.

„Das Recht auf freie Meinungsäußerung bietet Menschen wie Herrn Assange keinen uneingeschränkten Ermessensspielraum, um über das Schicksal anderer zu entscheiden.“ Seine Handlungen wären auch in Großbritannien strafbar, erklärt Baraitser. Assange, der einen blauen Anzug und die grüne Maske unter der Nase trägt, verfolgt die Worte ruhig. Dann, am Ende der gestrigen Sitzung im Londoner Strafgericht Old Bailey, folgt die Wende – und das für viele Beobachter unerwartete Urteil: Der Antrag auf Auslieferung an die USA wird abgelehnt. Julian Assange gewinnt, zumindest theoretisch.

Die Bezirksrichterin begründet ihre Entscheidung mit dem körperlichen und psychischen Gesundheitszustand des 49-Jährigen sowie den Haftbedingungen, die ihn in den USA erwarten würden. Sie habe den Eindruck eines „depressiven und manchmal verzweifelten Mannes“ gewonnen, der „aufrichtig um seine Zukunft“ fürchte. Es gebe keine Garantie dafür, dass er sich nicht das Leben nehmen würde, wenn er in die USA überstellt und in Isolations-



In seiner Freiheit ist Julian Assange schon länger eingeschränkt, wie hier

haft enden würde. Dort drohen ihm wegen der Veröffentlichung von Hunderttausenden US-Dokumenten und Videos aus dem Irak und Afghanistan-Krieg bis zu 175 Jahre Haft.

#### Bejubelte Entscheidung

Vor dem Gerichtsgebäude in der Londoner City, wo sich bereits am frühen Morgen neben Hunderten Journalisten, Fotografen und Kameralenten aus aller Welt auch Dutzende Assange-Unterstützer versammelt hatten, herrschten nach dem Urteil Jubel und Begeisterung. „Free Julian Assange“ („Lasst Assange frei“), riefen die Demonstranten immer wieder. Stella Moris, die Verlobte des Whistleblowers, mit der er zwei Kinder hat, brach nach dem

Urteilsspruch in Tränen aus. In einem anschließenden Statement pries sie die Entscheidung als „einen Sieg für Julian“ und „einen ersten Schritt in Richtung Gerechtigkeit in diesem Fall“. Ob der Australier aber so schnell freikommt, ist keineswegs klar. Die USA kündigten gestern an, in Berufung zu gehen. Und so bleibt Assange vorerst im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh im Südosten Londons in Gewahrsam. Nach einer weiteren Instanz könnte der Rechtsstreit vor den britischen Supreme Court gehen und schließlich den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg beschäftigen.

Assanges Anhänger bewerten den gestrigen Tag dennoch als bedeutenden Erfolg in dessen Kampf

## Menschenrechte



r auf einem Bild von 2011 mit einer elektronischen Fußfessel.

FOTO: DPA/AP/KIRSTY WIGGLESWORTH

gegen die US-Behörden, der nun schon seit einem Jahrzehnt andauert. Sieben Jahre lang hatte der Australier in der ecuadorianischen Botschaft in London im Asyl verbracht, um einer Auslieferung nach Schweden zu entgehen, wo er wegen Missbrauchs- und Vergewaltigungsvorwürfen befragt werden sollte. Er beharrte stets darauf, dass er dann in die USA ausgewiesen worden wäre, wo er eine Strafverfolgung befürchtete. Zunächst ging es um jene Papiere, die die mittlerweile begnadigte Whistleblowerin Chelsea Manning der Enthüllungsplattform zugespielt hatte. Als Assange im April 2019 in der Botschaft verhaftet wurde, fügte die US-amerikanische Grand Jury 17 Anklagepunkte hinzu. Im Zentrum steht der

Vorwurf, 2010 geheime diplomatische und militärische Dokumente erhalten und publiziert zu haben – darunter auch solche, „deren unautorisierte Veröffentlichung die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährden könnte“. Konkret geht es um geheime Berichte der US-Armee über die Kriege im Irak und in Afghanistan, Hunderttausende Diplomatenbesprechungen sowie ein Militär-Video.

Die Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen (ROG) begrüßte die Entscheidung gestern zwar, kritisierte aber die Begründung der Richterinnen. „Ihre Ansicht, dass es sich nicht um ein politisches Verfahren handelt und dass es sich nicht um grundlegende Fragen der Pressefreiheit dreht, teilen wir in

keiner Weise“, sagte Geschäftsführer Christian Mihr. „Die Richterinnen hält die Anklagepunkte der USA in der Sache für gerechtfertigt und gibt dem Auslieferungsantrag nur deshalb nicht statt, weil Assange in schlechter gesundheitlicher Verfassung ist.“ Das lasse eine Hintertür offen für die Verfolgung von Journalisten weltweit, „die geheime Informationen von großem öffentlichen Interesse veröffentlichen“. Die Nichtregierungsorganisation prangerte stets das „politische Verfahren“ an, mit dem die USA ein Exempel statuieren wollten.

Unterdessen hat sich womöglich eine neue Chance für Assange aufgetan: Mexiko bot dem Wikileaks-Gründer nach dem Urteil politisches Asyl an. *Mit AFP*

NOZ, 21.05.2021

## Menschenrechte

### UN nehmen Philippinen ins Visier

**Genf** – Wegen des Anti-Drogen-Kriegs mit Tausenden Toten auf den Philippinen hat der UN-Menschenrechtsrat mit knapper Mehrheit eine Untersuchung beschlossen.

Der Rat sei besorgt über Berichte, wonach Menschen verschwinden, willkürlich festgenommen, eingeschüchtert und getötet werden, heißt es in einer Resolution, die der Rat gestern in Genf angenommen hat. Dafür stimmten 18 der 47 Mitglieder, 15 enthielten sich, und 14 stimmten dagegen, darunter Saudi-Arabien, China, Indien und Somalia. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International sieht in dem rücksichtslosen Vorgehen gegen Kleinkriminelle und Drogennutzer Anzeichen für Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die philippinischen Behörden haben mehr als 6600 Tötungen eingeräumt, aber die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, zitierte im März Berichte über bis zu 27 000 Tote.

Der Rat forderte die Philippinen zur Einhaltung der Menschenrechte auf und beauftragte Bachelet,

einen Bericht über die Lage zu erstellen. Der Rat sei betroffen über die philippinischen Einschüchterungen und Drohungen gegen UN-Experten, die Menschenrechtsverletzungen weltweit unter die Lupe nehmen. Der umstrittene Präsident Rodrigo Duterte hatte einen UN-Sonderberichterstatter mit den Worten abgekanzelt, er solle „zur Hölle fahren“. Einer UN-Expertin drohte er Schläge an. Duterte ist mit dem Versprechen, den Drogenhandel zu bekämpfen, 2016 gewählt worden. Vier von fünf Landsleuten sagen in aktuellen Umfragen, sie seien zufrieden mit ihm. Der Vertreter der Philippinen kritisierte die Resolution im Rat. Sie stütze sich auf ungeprüfte Informationen, lasse philippinische Anstrengungen zur Einhaltung der Menschenrechte außer Acht und führe nur zur Polarisierung im Rat. dpa

Aus dem Holsteinischen Courier vom 12.07.2019 von dpa